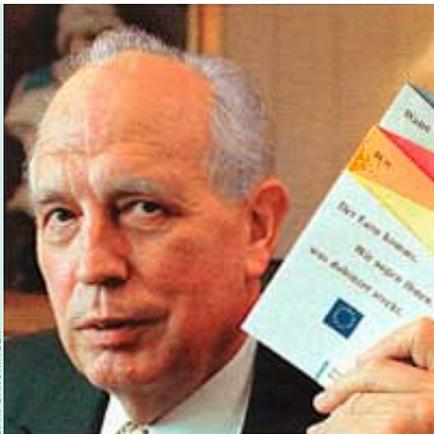


BUNDESBANK

Tietmeyer gegen Stoiber

Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer sieht die Notenbank durch eine gezielte Indiskretion des bayerischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber in ein falsches Licht gerückt. Stoiber hatte am 27. März im Bundesrat seine lange offengehaltene Zustimmung zum pünktlichen Start des Euro bekanntgegeben. Stoiber berief sich dabei auf eine erst Stunden später veröffentlichte Expertise der Bundesbank, die den Einstieg in die Europäische Währungsunion mit elf Staaten als „stabilitätspolitisch vertretbar“ bezeichnete. „Das ist genau das, was ich hören wollte“, sagte Stoiber, der 1997 mit Bundeskanzler Helmut Kohl verabredet hatte, die deutsche Haltung zum Euro vom Votum der Bundesbank abhängig zu machen. Stoiber habe mit seiner Indiskretion, schimpft Tietmeyer, die gesamte Berichterstattung über den Bundesbank-Bericht in eine „bestimmte Richtung gedrückt“. Die „ernsthaften Besorgnisse“ über die Sanierungschancen der italienischen und belgischen Staatsfinanzen, die ebenfalls in dem Bericht geäußert wurden, seien deshalb nur unzureichend wahrgenommen worden. Stoibers Vorstoß war wohl vorbereitet. Das Prädikat



Tietmeyer

„stabilitätspolitisch vertretbar“ war nämlich erst ganz zum Schluß durch einen Antrag von Franz-Christoph Zeitler, dem Präsidenten der bayerischen Landeszentralbank, in die Bundesbank-Expertise aufgenommen worden. Das Votum lieferte dem Politprofi Stoiber eine elegante Möglichkeit, trotz aller vorangegangenen Kritik, noch auf den Euro-Zug aufzuspringen. Gleichzeitig verhinderte es einen parteiinternen Eklat. Denn Bundesfinanzminister Theo Waigel hatte seinem Parteifreund in der Münchner Staatskanzlei mit seinem sofortigem Rücktritt als CSU-Vorsitzender gedroht, falls Bayern im Bundesrat gegen die Währungsunion stimmen sollte – und davor schreckte selbst Stoiber zurück, obwohl er eigentlich nur zu gern Nachfolger von Waigel als CSU-Parteichef werden würde.

DAIMLER-BENZ

Riskantes Investment

Die geplante Übernahme von Rolls-Royce durch BMW oder VW zwingt Daimler-Benz zu einem riskanten Investment: Die Stuttgarter werden für knapp eine Milliarde Mark die Luxuslimousine Maybach entwickeln. Jeweils die Hälfte der Summe kostet die

Entwicklung des Fahrzeugs und der Ausbau der Produktionsanlagen im Werk Sindelfingen. Bei einem geplanten Absatz von 2000 Fahrzeugen im Jahr kann dieses Modell die Renditeansprüche des Daimler-Benz-Chefs Jürgen Schrempp nicht erreichen. Ein Daimler-Vorstand: „Unser Ziel ist es, mit dem Auto kein Geld zu verlieren.“ Der Maybach soll 2002 auf den Markt kommen und bis zu 500 000 Mark kosten.



Designstudie Mercedes Maybach

BESCHÄFTIGUNG

„Weniger zahlen“

Sachsen-Anhalts SPD-Wirtschaftsminister Klaus Schucht, 68, über Billigjobs

SPiegel: Trotz leichter Verbesserung bleibt die Arbeitslosigkeit das Problem Nummer eins. Wie wollen Sie neue Jobs schaffen?

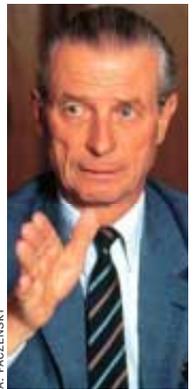
Schucht: Wir brauchen mehr billige Arbeitsplätze. Jahrelang haben Gewerkschaften und Arbeitgeber die untersten Lohngruppen einfach weggestrichen. Dadurch sind die Eingangstarife für wenig qualifizierte Arbeit oft unbezahlbar geworden.

SPiegel: Das Modell USA – Billigjobs für viele?

Schucht: Die Probleme der Amerikaner dürfen wir nicht importieren. Trotzdem brauchen wir Niedriglöhne. Wir müssten sie allerdings mit staatlichen Lohnsubventionen so weit aufbessern, daß die Nettoeinkommen ausreichend bleiben.

SPiegel: Welche Branchen könnten von der Idee profitieren?

Schucht: Im Prinzip alle Dienstleister. Viele Handwerksbetriebe etwa würden gern vier statt nur drei Lehrlinge einstellen, wenn sie denen weniger zahlen müssten. Auch die Auszubildenden würden mitspielen, um eine Lehrstelle zu bekommen. Aber die Tarifverträge verbieten das aus sozialer Fürsorge – und verhindern damit Arbeitsplätze.



Schucht

SUBVENTIONEN

Glücklicher Pilz

Im Streit um die Subventionen für das Erste deutsch-deutsche Joint-venture nach der Wende muß Thüringen eine herbe Niederlage einstecken. 1995 hatte das Land die Zuschüsse, mit denen der bayerische Fabrikant Reiner Pilz beim Bau einer CD-Fabrik in Albrechts unterstützt worden war, widerrufen. Pilz wurde wegen Subventionsbetrug angezeigt, gleichzeitig sollte die CD-Fabrik dem Land Thüringen Subventionen in Höhe von 32 Millionen Mark zurückzahlen. Bis heute fand die Staatsanwaltschaft keine Beweise für einen Betrug, zudem stellte das Landgericht Meiningen Ostpionier Pilz jetzt von allen Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Staat frei.